



Foto: www.fotolia.de, © Patrizia Tilly

Neustart Frauenpolitik – Warum die Quote Schule machen muss

Katie Baldschun und Sarah Henkelmann ■ ■

» » Runde Geburtstage im Jahr 2008: Zehn Jahre Regierungsbeteiligung der SPD im Bund, 20 Jahre SPD-„Quotenbeschluss“ – zur Durchsetzung gleicher Beteiligung beider Geschlechter bei Ämtern und Mandaten. So akzeptiert die parteiinterne Quotierungsregelung mittlerweile ist (und zu ihrem diesjährigen Jubiläum Ende August auch mit einem Festakt gewürdigt), hat sich die Sozialdemokratie in den Jahren der Regierungsverantwortung nicht durchringen können, vergleichbar harte Instrumente für die Gleichstellung auch außerhalb der eigenen Gremien anzuwenden. Schon für die rot-grüne Frauenpolitik galt: 1998 als Tiger gesprungen, 2001 als Bettvorleger gelandet, die rühmliche Ausnahme bildet insbesondere das Bundesgleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst. Doch seit 2005 haben Kanzlerin und Familienministerin die Frauenpolitik ganz in die Mottenkiste verbannt.

Im Banner auf der Eingangsseite des Internetauftritts vom Querschnittsministeriums Bundesministerium Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat die Gleichstellung zwar einen prominenten Platz. Doch es bleibt bei diesem rein virtuellen Eindruck. Tatsächlich wird für echte Gleichstellung bundespolitisch derzeit so wenig getan wie lange nicht. Beispiel 3. Bilanz Chancengleichheit: An ihr ist vor allem gut, dass es sie gibt. Weder die Entstehungsgeschichte der „Bilanz“ noch die aktuellen Inhalte geben jedoch Anlass zu gleichstellungspolitischen Enthusiasmus. Bilanziert wird seit 2003 über die „Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“. Die Vereinbarung war 2001 geschlossen

worden, nachdem sich die rot-grüne Bundesregierung mit ihrem Vorhaben eines Gleichstellungsgesetzes, das insbesondere auch die Privatwirtschaft erfasst hätte, dem Widerstand der Arbeitgeberverbände gebeugt hatte.

□ Ernüchternde Gleichstellungsbilanz

Sieben Jahre später könnte die Bilanz gerade auf dem Gebiet der Privatwirtschaft kaum ernüchternder sein: Der Anteil Frauen an Führungspositionen liegt bei 26,5 Prozent – damit liegt die Bundesrepublik auf dem siebtletzten Rang im EU-Vergleich. Dass die Platzierung nicht noch schlechter ausfällt, liegt allein an der guten Repräsentanz von Frauen im Management kleiner und mittelständischer Unternehmen. Doch je höher die Hierarchieebene und je renommierter und umsatzstärker das Unternehmen, desto dünner die Luft für Frauen – derzeit eine Frau in allen Vorständen der Dax-Unternehmen bedeutet eine Quote von unter einem Prozent.

Echte Antworten und Lösungen hat die derzeit zuständige Ministerin nicht anzubieten. Laut Bilanz zur Chancengleichheit bleibt zwar „ein steigender Anteil von Frauen in Führungspositionen (...) für die Bundesregierung und die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft weiterhin ganz oben auf der Agenda“. Das ist aber genauso wolkig gemeint, wie es sich liest. Schließlich hat die Bilanz nach eigener Bezeichnung auch „Europa im Blick“ – wenige Zeit vor der Veröffentlichung hatte jedoch Bundeskanzlerin Merkel deutlich gemacht, dass sie auch auf europäischem Parkett keinesfalls mit Frauenpolitik in Verbindung gebracht werden will. Schon gar

nicht, wenn es (aus ihrer Sicht) gegen die Interessen der heimischen Wirtschaft geht.

» Dass andere europäische Staaten der Bundesrepublik gerade beim Abbau von Geschlechterhierarchien um Jahre voraus sind, ist keine Neuigkeit. Vor allem der Blick nach Norden gibt jedoch der 2001 abgeebten Debatte um gesetzliche Maßnahmen neues Feuer: Norwegen hat als erstes Land der Welt am 01.01.2008 ein Gesetz in Kraft gesetzt, das eine Frauenquote von 40 Prozent in Aufsichtsräten norwegischer Aktiengesellschaften fordert – und sanktioniert. Erst seit Ende letzten Jahres wird es auch in der deutschen Presse kontrovers diskutiert, im Mai gab es im Rechtsausschuss des deutschen Bundestages eine Anhörung zur norwegischen Quote, auf Initiative der Fraktion der Grünen.

□ Die norwegische Quote

In Norwegen hatte im Jahre 2003 ausgerechnet die konservative Regierung das Gesetz initiiert. Federführend war damals mit Ansgar Gabrielsen ein Mann. Für den ehemaligen Unternehmer und damaligen Wirtschaftsminister war die Gleichstellung per Gesetz nicht nur Selbstzweck, sondern sollte auch die Stellung der Unternehmen verbessern. „Ich habe viele Untersuchungen gelesen, und immer wieder stand da drin, dass Vielfalt in Unternehmen wichtig ist. Deshalb habe ich für das Gesetz geworben, dass die Aktiengesellschaften zu einer Frauenquote für den Aufsichtsrat verpflichtet und deshalb habe ich viel Schimpfe einstecken müssen. Wir brauchen mehr Frauen wie Sie in Führungspositionen“, hatte Gabrielsen zuletzt Ende des vergangenen Jahres auf einer Konferenz an das weibliche Publikum appelliert. Damals war er zu Gast bei einer Veranstaltung der Seminarreihe „Female Future“ des norwegischen Wirtschaftsverbandes NHO. Der Verband ist ein erklärter Gegner der Frauenquote. In einem Bericht von der Anhörung im Rechtsausschuss des Bundestages wird er mit den Worten zitiert, es sei ihm schlicht „peinlich“ gewesen, dass sich die gut qualifizierte

Hälfte der Bevölkerung Norwegens nicht in den Führungsetagen der Unternehmen wiederfinde.

Betroffen sind von der norwegischen Vorschrift nur so genannte allmennaksjeselskaper (kurz ASA), vergleichbar mit der deutschen AG. Die von den Arbeitnehmern entsandten Vertreter werden bei der Berechnung der Quote ausgeklammert. In Norwegen gibt es knapp 500 ASA, die größten sind im Wirtschaftsverband NHO organisiert. Die kleineren Aktiengesellschaften, AS genannt, müssen die Quote nicht erfüllen. Die gesetzlichen Vorgaben, von denen mehrere Großkonzerne wegen aktienrechtlicher Besonderheiten ausgenommen sind, ließen den betroffenen Unternehmen eine zweijährige „Schonfrist“ bis zur Erfüllung der Quote. Liegt der Frauenanteil danach, also seit Anfang des Jahres, immer noch unter 40 Prozent, können die jeweiligen Aufsichtsräte per Gerichtsbeschluss von den Behörden zwangsaufgelöst werden. So sieht es das Gesetz vor. Flankierend zum Gesetz hatte die norwegische Regierung eine Datenbank mit über 4000 qualifizierten Frauen angelegt und den Unternehmen zugänglich gemacht.

Die norwegischen Unternehmen, die der Quote noch nicht entsprechen, erhalten zunächst eine Warnung, die gesetzliche Bestimmung alsbald umzusetzen. Nach Angaben des Handelsministeriums in Oslo hat neben zwölf kleineren norwegischen Unternehmen auch der bekannte Erstliga-Fußballklub Fredrikstad FK eine solche Warnung erhalten. Die große Mehrheit der 463 betroffenen Unternehmen hat die Quotenregelung jedoch bereits umgesetzt. Und: In jüngster Zeit ist in Norwegen auch der Frauenanteil in den Aufsichtsräten der kleineren Aktiengesellschaften, die nicht vom Quoten-Gesetz erfasst sind, gestiegen.

Dagegen ist die Bundesrepublik gleichstellungspolitische Baustelle. Dass in Führungsgremien größerer Unternehmen Frauen zahlenmäßig nicht völlig marginalisiert sind, ist allein dem Mitbestimmungsrecht und darin der Arbeitnehmerseite zu verdanken, denn zumindest die ArbeitnehmerInnen entsenden zu ihrer Vertretung auch Frauen in die Aufsichtsräte.

„Neuer Aufbruch für die Frauenpolitik“ hatte die SPD anno 1998 den entsprechenden Passus in ihrem Wahlprogramm überschrieben. 2009 ist ein erneuter Neustart nötig, weil Frauen- und Familienpolitik eben nicht das gleiche sind, von der Leyen und Co. aber genau diese Fehlvorstellung zementieren wollen. In der Koalitionsvereinbarung '05 läuft die Frauenpolitik als Unterkapitel zur Familienpolitik und so wird das betreffend Ministerium auch geführt.

□ Frauenpolitisches Profil der SPD schärfen

Die Daten für den frauenpolitischen Neustart hat die Sozialdemokratie im Hamburger Programm definiert: „Erforderlich sind gesetzliche Maßnahmen für die gleiche Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie Aufsichtsgremien.“ Ein knappes Jahr nach der erfolgreichen Debatte um das Gleichstellungskapitel im SPD-Grundsatzprogramm wird es jetzt darum gehen, das frauenpolitische Profil der SPD nach außen zu schärfen. Denn: Das Potenzial an Stimmen insbesondere bei jungen Frauen ist für die Sozialdemokratie erheblich. Das zeigen die Analysen der jüngsten Landtagswahlen in Niedersachsen, Hamburg und vor allem Hessen. Und es wird unterstrichen durch die Erkenntnis, dass nicht nur das Wort Feminismus, sondern auch konkrete politische Anforderungen, die sich aus dem feministischen Diskurs des 21. Jahrhunderts ergeben, zurück in der öffentlichen Debatte sind – und sich gerade nicht nur aufs Feuilleton reduzieren lassen.

Deshalb werden die Festlegungen der SPD auf die zentralen Punkte für das Wahljahr 2009 nicht ohne klar und konkret formulierte Aussagen zur echten Gleichstellung von Mann und Frau auskommen. Die gesetzliche Quotenregelung für die Führungsebenen großer Unternehmen ist nur eine davon. ■

☞ Dr. iur. Katie Baldschun, stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende, lebt und arbeitet in Dortmund.

☞ Sarah Henkelmann, Dipl.-Sozialwissenschaftlerin, stellvertretende Juso-Landesvorsitzende Niedersachsen, lebt und arbeitet in Hannover.

www.marxistische-blaetter.de



Einzelheft:

112 Seiten, 8,50 €
Jahresabo: 45,00 €
Ermäßigt: 30,00 €

Ältere Hefte
schicken wir
gerne auch
kostenlos zu

China im Aufbruch – wohin?

THEMA Volksrepublik China: 30 Jahre Reform- und Öffnungspolitik **Helmut Peters**
Erfolgreich, aber nicht sozialistisch **Manfred Szameitat** | China unter dem Einfluss des Neoliberalismus **Bingyan Li**
Grundlegende Merkmale der sozialistischen Marktwirtschaft **Cheng Enfu** | Die sozialistische Entwicklungsstrategie der VR China **Theodor Bergmann** | Zur Innen- und Aussenpolitik der KP Chinas **Rolf Berthold** | Harmonische Gesellschaft – Lohnarbeit und Klassenkämpfe **Xinhua Jian** | Die alten Gewerkschaften im neuen China **Lars Mörking** | Nationalitäten und Nationalitätenpolitik in der VR China **Ingo Nentwig** | Proteste und Separatismus in Tibet **Barry Sautman** | Gedanken und Thesen zur chinesischen Kulturrevolution **Manfred Lauerma**n

Bestellung bei Neue Impulse Versand

Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen
Tel.: 0201-24 86 48 2 | Fax: 0201-24 86 48 4
E-Mail: NeueImpulse@aol.com



NEUE IMPULSE VERLAG